



Kritik der Digitalisierungsideologie

## Wir Fingerwesen

Gastkommentar  
von MANFRED SCHNEIDER

Bisweilen lohnt es sich, einem jungen Philosophen zuzuhören. Denn alle Philosophie beginnt damit, dass man sich wundert. Solch ein junger Philosoph, vielleicht zehn Jahre alt, wunderte sich kürzlich und fragte: «Wie kam Martin Luther eigentlich ins Internet, wo es doch damals noch keine Computer gab?»

Die Antwort, die unser politischer Zeitgeist beithält, lautet: Weil die Fürsten des 16. Jahrhunderts statt der Digitalisierung die Alphabetisierung gefördert haben. Aber, keine Sorge: Das wollen viele europäische Regierungen rückgängig machen. An der Spitze unserer politischen Agenda steht die Digitalisierung, Regierungen, Parteien und Verbände wetteifern in der Forderung nach «digitalen Strategien».

Während in vielen Städten die Schulen verschimmeln, werden die Kleinen in das digitale Zeitalter eingeführt, wo sie längst sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie vor dem Abc und dem Einmaleins das Hallo-Welt-Computerprogramm lernen können, denn leider setzt das Programmieren die Kenntnis von verschiedenen Symbolen voraus. Es heisst vielmehr, dass die Kleinen das alte Schulpensum jetzt auf digitalen Oberflächen erledigen, und wenn sie nicht wissen, wann Martin Luther versuchte, ohne Computer ins Internet zu kommen, bei Wikipedia nachfragen können.

Inzwischen kann man die Zehnjährigen fragen, was die wichtigste politische Aufgabe unserer Zeit sei, und sie werden antworten: Digitalisierung. Es ist die Ideologie unserer Tage. Gewiss leiden manche Unternehmen und Betriebe darunter, dass ihnen kein schnelles Internet zur Verfügung steht.

Hier ist der Staat sicher gefordert. Aber ist ruckelfreies Streamen von Netflix-Serien in U-Bahnen ein Menschenrecht? Aus einer gleichen Verblendung kommt der Glaube, dass Europa technologisch zurückfiel, wenn es nicht auch politisch die künstliche Intelligenz fördert. Liebe Zeitgenossen und politischen Meisterdenker: Welches drängende politische oder soziale Problem werden die Digitalisierung oder die künstliche Intelligenz lösen?

Werden sie Wohnungen bauen, den allgemeinen Bildungsstand erhöhen, die versuchten Meere reinigen, die Halbwertszeiten des Atomülls verkürzen, die Migrantenströme an ihren Ursprung zurücklenken, den Populisten das Maul stopfen und die Diktatoren ins Gefängnis bringen? Werden sie die Gletscher und das arktische Eis wieder gefrieren lassen, die Kindersterblichkeit senken, die versunkenen Salomonen-Inseln noch einmal auftauchen lassen, werden sie den Millionen jugendlicher Arbeitsloser helfen, werden sie den Hunger stillen? Werden sie den Ver-

fall unserer politischen Institutionen aufhalten? Ach, und werden sie jemals den Tomaten ihren Geschmack zurückgeben?

Man darf sagen, dass die Digitalisierung, die unser Leben seit vier Jahrzehnten so gründlich verändert, unzählige Bequemlichkeiten hervorgebracht, aber wirklich nichts grundlegend verbessert hat. Facebook und zahllose andere Internetkonzerne rüsten weiter den Kinderglauben auf: «We make life better.» Nichts ist trügerischer.

Solche strategische Täuschung nennen Unternehmer heutzutage gerne: unsere Philosophie! Ihr Ursprung ist nicht mehr das Sich-Wundern, sondern das Alle-Benebeln. Niemand zweifelt daran, dass grosse Intelligenz die digitale Welt hervorgebracht hat. Während auf den Thronen und Präsidienstühlen die politischen Intelligenzleistungen an die aufziehenden Spielzeugautos des vergangenen Jahrhunderts erinnern, verdanken wir bewundernswerten Intelligenzen leider nur die wuchernden digitalen Umwelten. Das ist das eine. Die andere masslose Intelligenz spielt an den Börsen und in der Wirtschaft. Sie ruiniert die Welt mit digital gesteuerten Kapitalströmen, die nicht sinnvolle, sondern profitable Unternehmungen pushen, ohne jede weiterblickende Verantwortung.

«Digitalisierung» heisst in der lateinischen Bedeutung des Wortes so viel wie «Verfälschung». Tatsächlich ist die tätige und untätige Menschheit in einer unfassbaren Homogenisierung in allen Winkeln der Welt zu einer tastendrückenden und fingerwischenden Spezies geworden. Gleich, ob wir Raketen lenken, Gedichte schreiben, Baukräne steuern, Organe untersuchen, den Sternenhimmel scannen, Blutdruck messen, Musik hören oder die nächste Tankstelle suchen: Wir sind Fingerwesen geworden. Für die Monotonie der digitalen Tätigkeit müssen wir jedoch ständig nach Ausgleich suchen, der uns für ein kurzes Intervall des Wohlgefühls wieder in ein laufendes, schwitzendes, staunendes, sich ängstendes Menschenwesen verwandelt.

Die digitale Welt lässt sich nicht rückgängig machen. Wir könnten aber nach der Erleuchtung tasten, dass all dies keinen Fortschritt bringt, sondern nur noch Erleichterung. Und dass die Erleichterung unser seliges Ende sein wird. Aber was soll die Politik tun? Sie soll die natürliche Intelligenz und die Verantwortung für den Globus fördern.

Martin Luthers Problem war nicht die Frage: Wie komme ich ins Internet? Sondern: Wie komme ich ins Himmelreich? Wir sind im Begriff, das Internet und seinen Komfort mit dem Himmelreich zu verwechseln.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Preisfestsetzung für Medikamente

## Arzneimittel sind kein knappes Gut

Gastkommentar  
von ANDREAS WILDI

Wie wird in der Schweiz beurteilt, ob ein Medikament zu teuer ist? Immer wieder werden einzelne Arzneimittel grundsätzlich oder für bestimmte Patienten als zu kostspielig bezeichnet und nicht vergütet. Betroffen sind meist Menschen mit einer seltenen Erbkrankheit, denen unsere grösste Solidarität gehören sollte. Zuständig sind die Bundesämter für Gesundheit und für Sozialversicherung sowie die einzelnen Krankenversicherer und kantonalen IV-Stellen.

Es darf bei einem einzelnen Arzneimittel oder einem Arzneimittel für einen einzelnen Patienten nie um den Preis gehen, wenn dieser den Durchschnitt der Preise anderer Länder, in die wir zu unser aller finanzieller Wohl viele Arzneimittel exportieren, nicht übersteigt.

Wie können wir mit unserer Pharmaindustrie Steuersubstrat generieren, aber ein einzelnes Arzneimittel im Inland nicht finanzieren, obwohl dieses just auf der Preisbasis angeboten wird, die wir international mittragen?

Der Schweizer Staat schützt Arzneimittel durch Patente und andere Schutzrechte vor Nachahmern. Das ist richtig. Aber wenn wir diesen staatlichen Schutz gewähren, dann kann derselbe Staat nicht eine Preisfestsetzung anwenden, die Arzneimittel zu teuer werden lässt. Das wäre ein zynisches Paradoxon. Wenn die solidarische Schweiz ein Arzneimittel nicht vergüten will, von dem Mitmenschen, die von einem Erbgutdefekt betroffen sind, einen Nutzen erwarten dürfen, dann stimmt etwas mit der Preisfestsetzung nicht. Jedes Arzneimittel, das einen Nutzen generiert, den ein anderes Arzneimittel nicht bewirken kann, gehört uneingeschränkt vergütet.

Ein Arzneimittel ist kein knappes Gut wie etwa eine Pflegestunde. Es kann wie eine Software mit wenigen Ausnahmen ohne grossen Aufwand beliebig zur Verfügung gestellt werden. Es fehlt an strategischer staatlicher Positionierung in diesem für unser Land krankensicherungsrechtlich wie exportwirtschaftlich zentralen Thema. Stattdessen messen wir einem einzelnen Arzneimittel ohne Massstab einen zu hohen Preis an. Der Nutzen sei nicht hoch genug. Wer soll denn diesen Nutzen für eine Patientengruppe oder einen einzelnen Menschen beurteilen? Wollen wir ernsthaft eine «Menschenleben-Wertevermessung» anstreben?

Pharma-Pricing ist ein makroökonomisch zu lösendes Problem. Es muss national wie international ein Preisfestsetzungssystem existieren, in das sich einzelne Arzneimittel einordnen lassen. Im

Rahmen eines solchen Systems dürfen wir den Wert eines Arzneimittels messen und ihm einen entsprechenden Preis zuschreiben. Ein zu teures Arzneimittel hat es aber nicht zu geben.

In der Schweiz schreiben wir im Wesentlichen – daran ändern die oberflächlichen therapeutischen Quervergleiche wenig – die Preise anderer Länder ab. Das muss nicht falsch sein. Wir forschen, entwickeln, produzieren und handeln. Sollen wir uns selbst Preise geben? Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Eine Frage, die wir uns aus strategischer und humanistischer Perspektive nie gestellt haben.

Was wir nicht tun dürfen, ohne uns fahrlässig an einzelnen Patienten zu versündigen: Wir können nicht Therapien nicht vergüten, obwohl diese genau dem Pharma-Pricing folgen, das wir zurzeit explizit oder zumindest implizit für richtig halten und dem wir einen beachtlichen Teil unseres Wohlstandes verdanken. Jede Zeit hat ihre eigenen ethischen Herausforderungen und Positionswidersprüche. Als Gemeinwesen hätten wir die Chance, hier und jetzt, den Zugang zu wirksamen Arzneimitteln nie, einfach nie einzuschränken und gleichzeitig so lange zu ringen, bis wir die Preisfrage gelöst hätten. Wenn die offizielle Schweiz und die hiesige Pharmaindustrie darauf hinwirken, dass dieser Vergütungsgrundsatz im Inland und in jedem Absatzmarkt gilt, dann können wir mit Arzneimitteln auch guten Gewissens gutes Geld verdienen. Wir haben dann jedes Recht, für die Achtung unserer Patentrechte einzustehen. Arzneimittel müssen im In- und Ausland fair verkauft und fair eingekauft werden können. Wir retten die Grundversicherung und die IV nicht durch oberflächliche Kosteneinsparungsübungen. Wir retten sie dann, wenn wir jeden therapeutischen Fortschritt bezahlen. Nur so wissen wir ehrlich, was wir bezahlen müssen, und können das Pricing danach ausrichten.

Die Verantwortung ist gross. Im Moment beschränken wir Vergütungen im Einzelfall – sei es pro Patient oder pro Therapie –, weil dies der vermeintlich einzige Weg ist, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Das ist eine teure Illusion. Der Preis? Das Ende der egalitären Sozialversicherungen sogar im Arzneimittelbereich. Just dort, wo Gleichberechtigung nicht nur Leitstern sein muss, sondern faktisch uneingeschränkt möglich ist.

Andreas Wildi ist Arzt und Rechtsanwalt in Zürich und Bern und spezialisiert auf schweizerisches und internationales Vergütungs- und Preisfestsetzungsrecht bei Arzneimitteln und Medizintechnikprodukten.